

16.02.2010 / Schwerpunkt / Seite 3

Kalkulierte Spaltung

Westerwelle will seiner Partei wie im Herbst 2009 Zulauf verschaffen. Er setzt erneut auf soziale Demagogie und Radikalisierung der FDP-Klientel. Mit dem Echo ist er zufrieden

Arnold Schölzel

Am weitesten von den Westerwelle-Kritikern des politischen Establishments wagte sich am Montag Schleswig-Holsteins SPD-Landeschef Ralf Stegner vor. Er verglich den FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle wegen seiner »Hartz IV«-Äußerungen mit dem österreichischen Neoliberalen Jörg Haider, der im Oktober 2008 per überhöhter Autogeschwindigkeit ins Jenseits gekommen war. Stegner schrieb im Internetnetzwerk Twitter: »In der »Hartz IV«-Debatte outet sich Guido Westerwelle als Jörg Haider der deutschen Politik« und fügte hinzu: »Westerwelle fischt am rechten Rand, indem er angeblich für normale Arbeitnehmer eintritt und wie Koch gegen Geringverdiener und Arme hetzt!«

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte am vergangenen Dienstag die »Hartz IV«-Regelsätze für Erwachsene und Kinder wegen mangelnder Transparenz für verfassungswidrig erklärt und eine Neuberechnung angeordnet. In der Diskussion über die Konsequenzen erkannte Westerwelle »sozialistische Züge« und erklärte, wer dem Volk »anstrengungslosen Wohlstand« verspreche, lade zu »spätromischer Dekadenz« ein. Seine Kritiker forderte der FDP-Politiker am Wochenende auf, sich in einer Generaldebatte im Bundestag zur sozialen Gerechtigkeit zu äußern (siehe unten).

Deutliches Signal

Westerwelles Attacken vorausgegangen waren Berichte über niedrige Umfragewerte seiner Partei. Von den 14,7 Prozent, mit denen sie am 27. September letzten Jahres ihr höchstes Bundestagswahlergebnis erreichte, war sie auf acht bis zehn Prozent abgesunken. In Nordrhein-Westfalen (NRW), wo FDP und CDU seit 2005 gemeinsam regieren und wo am 9. Mai Landtagswahlen sind, bewegt sie sich zwischen sechs und neun Prozent. Das reicht nicht für eine Fortsetzung der Düsseldorfer Koalition. Scheidet die FDP aus der Landesregierung aus, schwächt das die bundespolitische Machtposition der Partei und Westerwelles enorm, steht gar die Regierungskoalition in Berlin zur Debatte. In dieser Situation erschien am 6. Februar in der Süddeutschen Zeitung ein Interview mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), einem engen Vertrauten sowohl der Bundeskanzlerin als auch des NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers. Röttgen sandte in dem Gespräch ein deutliches Signal an Bündnis 90/Die Grünen aus, als er formulierte, die Union müsse sich »gut überlegen, ob sie gerade die Kernenergie zu einem Alleinstellungsmerkmal machen will.« Am 7. Februar versammelte sich die FDP-Spitze in Berlin zu einer Krisenberatung und beschloß, ab sofort aggressiver aufzutreten und zwar in erster Linie gegen die eigenen Koalitionspartner CDU und CSU.

Bereits in der Koalitionsrunde am 9. Februar kam es wegen der Äußerungen Röttgens zu einem lautstarken Ausbruch Westerwelles. Am selben Tag veröffentlichte Karlsruhe das Urteil zu Hartz IV, zwei Tage darauf mobilisierte Westerwelle in der Welt die FDP-Klientel: »Die Mittelschicht in Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren von zwei Dritteln auf noch gut die Hälfte der Gesellschaft geschrumpft. Damit bröckelt die Brücke zwischen Arm und Reich. Eine Gesellschaft ohne Mitte fliegt auseinander, und der Politik fliegt sie um die Ohren.«

Angriffe auf Merkel

Aus Richtung Bundeskanzleramt kam prompt die nächste Attacke. Am Freitag ließ Angela Merkel über die

Vizeregierungssprecherin Sabine Heimbach mitteilen: »Das ist sicher weniger der Duktus der Kanzlerin.«
Sicherlich sei aber bei jedem »individuell unterschiedlich die Sprachführung«.

Das wiederum brachte die FDP-Spitze in Wallung. Bayerns Vizeregierungschef Martin Zeil sagte der Financial Times Deutschland vom Montag, Merkel müsse »endlich Führung beweisen und ihrem Laden sagen, wo es langgeht«. Statt dessen aber ergehe sich die Kanzlerin in »machttaktischen Spielchen« und flirte zusammen mit Rüttgers mit den Grünen. »Keine fünf Monate nach einer dank der FDP fulminant gewonnenen Bundestagswahl empfinde ich das als Unverschämtheit«, zitierte die Zeitung Zeil.

Am Wochenende verlautete laut FTD aus der FDP-Zentrale zu den Reaktionen auf Westerwelle: »Er wollte es gnauso, wie er es bekommen hat.« Die Zeitung setzte hinzu: »Und es klang sehr, sehr zufrieden.« Die Fortsetzung folgte am Montag. FDP-Generalsekretär Lindner forderte den Stopp des Marsches »in eine Gesellschaft von Taschengeldempfängern«.